

Referentenentwurf

Bundesministerium des Innern und für Heimat

Fünfte Verordnung zur Änderung der Bundeslaufbahnverordnung

A. Problem und Ziel

In der Bundeslaufbahnverordnung werden an einigen Stellen die obersten Bundesbehörden mit ihrer amtlichen Bezeichnung angegeben. Durch den Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 8. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5176) wurden innerhalb der Bundesregierung mehrere Zuständigkeiten und Bezeichnungen von Bundesministerien geändert. Nach § 1 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) gehen zwar die in Gesetzen und Rechtsverordnungen des Bundes bezeichneten Zuständigkeiten auf die nach der Änderung zuständigen obersten Bundesbehörden über und die bloße Änderung von Bezeichnungen berührt nicht die durch Bundesrecht zugewiesenen Zuständigkeiten. Aber infolge des Organisationserlasses ist der Wortlaut der Bundeslaufbahnverordnung an den Stellen unrichtig geworden, an denen Bundesministerien genannt werden, die von Zuständigkeits- oder Bezeichnungsänderungen betroffen sind.

Darüber hinaus gibt es durch eine Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung des Studiengangs Verwaltungsinformatik an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung eine weitere Zuständigkeitsverlagerung: zukünftig soll das Bundesministerium der Finanzen die entsprechende Vorbereitungsdienstverordnung in diesem Bereich erlassen.

Der Wortlaut der Bundeslaufbahnverordnung kann durch eine Rechtsverordnung an die tatsächlichen Zuständigkeiten und Bezeichnungen der obersten Bundesbehörden angepasst werden.

B. Lösung

Durch die Fünfte Verordnung zur Änderung der Bundeslaufbahnverordnung wird die Bundeslaufbahnverordnung an die veränderten Zuständigkeiten und Bezeichnungen angepasst.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Keine.

Referentenentwurf Bundesministerium des Innern und für Heimat

Fünfte Verordnung zur Änderung der Bundeslaufbahnverordnung

Vom ...

Auf Grund des § 11 Absatz 1 Satz 5 und des § 26 des Bundesbeamtengesetzes vom 9. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), von denen § 11 Absatz 1 Satz 5 durch Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe b des Gesetzes vom 28. Juni 2021 (BGBl. I S. 2250) und § 26 durch Artikel 1 Nummer 9 des Gesetzes vom 28. Juni 2021 (BGBl. I S. 2250) neu gefasst worden ist, verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Änderung der Bundeslaufbahnverordnung

Die Bundeslaufbahnverordnung vom 12. Februar 2009 (BGBl. I S. 284), die zuletzt durch Artikel 5 der Verordnung vom 9. August 2022 (BGBl. I S. 1381) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 11 Satz 3 und § 30 Absatz 1 Satz 3 werden jeweils die Wörter „Innern, für Bau und Heimat“ durch die Wörter „Innern und für Heimat“ ersetzt.
2. Die Anlage 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In den Nummern 2 und 5 werden jeweils die Wörter „Innern, für Bau und Heimat“ durch die Wörter „Innern und für Heimat“ ersetzt.
 - b) In den Nummern 11 und 13 werden jeweils die Wörter „Verkehr und digitale Infrastruktur“ durch die Wörter „Digitales und Verkehr“ ersetzt.
 - c) In Nummer 15 werden die Wörter „Innern, für Bau und Heimat“ durch die Wörter „Innern und für Heimat“ ersetzt.
 - d) In Nummer 20 werden die Wörter „des Innern, für Bau und Heimat“ durch die Wörter „der Finanzen“ ersetzt.
 - e) In den Nummern 21 und 22 werden die Wörter „Innern, für Bau und Heimat“ durch die Wörter „Innern und für Heimat“ ersetzt.
 - f) In Nummer 25 werden die Wörter „des Innern, für Bau und Heimat“ durch die Wörter „für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen“ ersetzt.
 - g) In den Nummern 26, 27, 28 und 35 werden die Wörter „Verkehr und digitale Infrastruktur“ durch die Wörter „Digitales und Verkehr“ ersetzt.
 - h) In Nummer 38 werden die Wörter „Innern, für Bau und Heimat“ durch die Wörter „Innern und für Heimat“ ersetzt.
 - i) In Nummer 40 werden die Wörter „Verkehr und digitale Infrastruktur“ durch die Wörter „Digitales und Verkehr“ ersetzt.

- j) In Nummer 41 werden die Wörter „des Innern, für Bau und Heimat“ durch die Wörter „für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

In der Bundeslaufbahnverordnung (BLV) werden an einigen Stellen die obersten Bundesbehörden mit ihrer amtlichen Bezeichnung angegeben. Durch den Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 8. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5176) wurden innerhalb der Bundesregierung mehrere Zuständigkeiten und Bezeichnungen von Bundesministerien geändert. Nach § 1 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) gehen zwar die in Gesetzen und Rechtsverordnungen des Bundes bezeichneten Zuständigkeiten auf die nach der Änderung zuständigen obersten Bundesbehörden über und die bloße Änderung von Bezeichnungen berührt nicht die durch Bundesrecht zugewiesenen Zuständigkeiten. Aber infolge des Organisationserlasses ist der Wortlaut der BLV an den Stellen unrichtig geworden, an denen Bundesministerien genannt werden, die von Zuständigkeits- oder Bezeichnungsänderungen betroffen sind.

Ziel der Fünften Verordnung zur Änderung der Bundeslaufbahnverordnung ist die Anpassung der BLV an die durch den Organisationserlass des Bundeskanzlers geänderten Zuständigkeiten und Bezeichnungen der Bundesministerien, damit im Interesse der Rechtssicherheit den Vorschriften wieder unmittelbar zu entnehmen ist, welches Bundesministerium für die in der BLV benannte Aufgabe zuständig ist.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Der Verordnungsentwurf sieht die Anpassung des Wortlauts der BLV an die geänderten Zuständigkeiten und Bezeichnungen vor. Darüber hinaus sieht er eine weitere Änderung der Zuständigkeit vor, die auf Grund einer Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung des Studiengangs Verwaltungsinformatik an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung zwischen dem Bundesministerium für Finanzen, dem Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung erfolgt.

III. Alternativen

Keine. Im Interesse der Rechtssicherheit muss den Vorschriften unmittelbar zu entnehmen sein, welches Bundesministerium auf Grund der geänderten Zuständigkeiten und Bezeichnungen für die in der BLV benannte Aufgabe zuständig ist.

IV. Regelungskompetenz

Die Regelungskompetenz der Bundesregierung ergibt sich aus § 11 Absatz 1 Satz 5 sowie § 26 Bundesbeamtengesetz.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Beziehungen zum Recht der Europäischen Union oder zu völkerrechtlichen Verträgen bestehen nicht.

VI. Regelungsfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Die Fünfte Verordnung zur Änderung der Bundeslaufbahnverordnung dient der Rechtssicherheit, denn Organisationserlasse regeln Zuständigkeitsveränderungen nicht bis in Einzelheiten, sondern beschreiben die Übertragung ganzer Aufgabenkomplexe.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Die Verordnung berührt keine Aspekte der nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

4. Erfüllungsaufwand

Keiner.

5. Weitere Kosten

Keine.

6. Weitere Regelungsfolgen

Die Verordnung hat keine gleichstellungspolitischen oder demografiepolitischen Auswirkungen. Sie hat keine Auswirkungen auf Verbraucherinnen und Verbraucher.

VII. Befristung; Evaluierung

Die Verordnung kann nicht befristet werden; eine Evaluation ist nicht vorgesehen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung der Bundeslaufbahnverordnung)

Zu Nummer 1

In § 11 und § 30 BLV wird die Bezeichnung in Bundesministerium des Innern und für Heimat geändert.

Zu Nummer 2

Zu den Buchstaben a, b, c, e, f, g, h, i, j

In den einzelnen Nummern der Anlage 2 zur BLV wird die Bezeichnung in Bundesministerium des Innern und für Heimat, in Bundesministerium für Digitales und Verkehr bzw. in Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen geändert. Dabei wurde auch der Zuständigkeitsübergang wegen Bausachen und in Bezug auf Raumordnungssachen berücksichtigt.

Zu Buchstabe d

Aufgrund einer Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung des Studiengangs Verwaltungsinformatik an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung zwischen dem Bundesministerium für Finanzen, dem Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung geht die Zuständigkeit für den fachspezifischen Vorbereitungsdienst „Gehobener Verwaltungsinformatikdienst des Bundes“ auf das Bundesministerium der Finanzen über.

Zu Artikel 2 (Inkrafttreten)

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten der Verordnung. Im Interesse der Rechtssicherheit soll ein unmittelbares Inkrafttreten am Tag nach der Verkündung erfolgen.